

Die Ernährungsfrage und der Umweltschutz

Dass das Hochpreissegment «Bio» im Bereich der Ernährung sich auf Kosten der Ernährungsgrundlage der Armen dieser Welt auswirkt, weist der Schweizer Agrarwissenschaftler Urs Niggli zurück («Es hungern keine Menschen in Afrika, weil wir Bioprodukte essen», NZZ 8.8.22).

Inzwischen werden – als Beispiel – fast 20 Millionen Hektaren der besten ukrainischen Böden mit modernster Technologie von westlichen Investoren für den Export von billigem Getreide in den Maghreb und nach Afrika genutzt. Der Weltagrarbericht von 2008 kritisiert diese Entwicklung, welche ausgehend von agrarischen Vorzugsgebieten mit modernster Technik die einheimische Landwirtschaft im Maghreb und in Afrika schädigt und damit bisherige Formen der lokalen Versorgung zerstört.

Damit sind die Störungsanfälligkeiten geschaffen worden, die nun z. B. im Ukraine-Krieg durchschlagen. Nur sollte man nicht nur den Krieg in der Ukraine, sondern zur Hauptsache auch die Zerstörung der irakischen Getreidekulturen im Irakkrieg, die Zerstörungen in Libyen und Syrien erwähnen, zumal die Landwirtschaft dieser Länder nicht erst über den Billigimport, sondern zuvor militärisch direkt und gezielt geschädigt wurde.

Die Ernährungsfrage ist mit der Ökologiefrage verbunden. Dabei geht es nicht nur um die Verschlechterung der natürlichen Produktionsgrundlagen im Zusammenhang mit der weltweiten Unterbezahlung der Landwirtschaft, sondern auch um das Klima als eine der Rückwirkungen, die den nichtnachhaltigen Umgang mit den wirtschaftlichen Produktions- und Lebensgrundlagen aufzeigen.

Die Frage ist, warum man nicht bei den naheliegenden Möglichkeiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reorganisation zugunsten ausreichender Einkommen der bäuerlichen Landwirtschaft oder bei der Rekultivierung der zerstörten Naturgrundlage (Begrünung der Wüsten) ansetzt? Der Vorschlag, stattdessen die Natur genetisch umzubauen, ist überraschend «konventionell».

Hans Bieri, Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL)

Global ausgerichteter Bilateralismus

Fremdsprachen in der Primarschule

Kürzlich erschienen in der NZZ zwei redaktionelle Beiträge zum Fremdsprachenunterricht an der Volksschule, und am 8. 8. 22 äussern sich zwei Leser ebenfalls zu dem Thema. Eine ausgewogene Berichterstattung kann es aber meines Erachtens nicht bei diesen vier Stellungnahmen bewenden lassen.

Sie alle erwähnen die grossen Probleme mit den Frühfremdsprachen in der Primarschule nicht oder nur am

chen, was Gerhard Schwarz vor zirka einem Jahr als genügsamen Bilateralismus bezeichnete, der sich auch durch eine weiter verstärkte Zusammenarbeit mit exzellenten Volkswirtschaften von ausserhalb der EU sowie durch eine souveräne(re) Zuwanderungspolitik auszeichnen sollte. Dies zum Wohle des Standorts Schweiz im globalen Wettbewerb der Nationen. Alles, was die Schweiz institutionell noch näher an die EU heranführt, hat beim Souverän weiterhin nicht den Hauch einer Chance. Die Mehrheit des Bundesrates weiss dies, bringt jedoch den Mut nicht auf, es deutlich zu machen. Was für beide Seiten nur von Nutzen wäre.

Erich Heini, Luzern

«Pannenzug» Dosto erhält Bestnoten

Von wegen Bestnoten für Dosto (NZZ 7.8.22 und 10.8.22). Anlässlich eines Ausflugs letzte Woche konnte ich den direkten Vergleich machen. Wir fuhren mit dem IC auf der Linie Lugano-Zürich, von Zug via Thalwil nach Zürich. Die Fahrt verlief sehr ruhig und angenehm. In Zürich stiegen wir um in den IC von Zürich nach Chur. Bis nach Thalwil verläuft die Strecke gleich. Was mir und meiner Frau sofort auffiel, war,

dass der Zug viel unruhiger und lauter unterwegs war, also auffällig unangenehm. Beim Aussteigen in Chur interessierte mich die Marke dieses Schüttelbeckers, und siehe da, es war die Marke Bombardier, also vermutlich ein Dosto.

Zwei Tage später fuhren wir auf dem Heimweg wieder mit dem IC Lugano-Zürich, diesmal ab Lugano nach Zug. Die Fahrt war – ausgenommen in Tunnels – sehr ruhig und angenehm. Ich holte nach, was ich zu Reisebeginn verpasst hatte: Ich merkte mir die Marke dieses Zugs nun auch. Es war ein Stadler-Zug, und wiederum war der Vergleich mit Bombardier für den Franzosen vernichtend. Pannen hatte er diesmal keine, und da kann ich mir sehr gut vorstellen, dass diesbezüglich eine spürbar bessere Situation erreicht werden konnte. Das mit dem Schütteln während der Fahrt aber ist sehr unangenehm und eines zeitgemässen technischen Standes absolut unwürdig.

Pius Meier, Alosen

An unsere Leserschaft

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Meinung & Debatte

Neue Zürcher Zeitung

Rande, dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass die Regelung mit Englisch ab der 3. Klasse und Französisch ab der 5. Klasse in den wenigsten Fällen befriedigt. Natürlich stimmt es, dass «immersiv Sprachinseln» eine interessante Idee darstellen, aber man muss doch einfach die Realität sehen. Die meisten Kinder sind mit obigem Sprachenkonzept heillos überfordert.

Zuerst einmal gilt es, ihnen einen guten Grundstock in Deutsch zu vermitteln, was vor allem für Zugezogene aus fremden Kulturen zusätzlich zur Muttersprache bereits einen grossen Brocken darstellt. Dann kommt bald einmal Englisch, und schliesslich wird eben ab der 5. Klasse auch noch mit Französisch gestartet. Das klappt selten in befriedigender Weise.

Das Anfangen mit der zweiten Fremdsprache sollte unbedingt auf die Oberstufe verlegt werden. Dort kann man den Unterricht leistungsmässig differenziert und entsprechend dem fortgeschrittenen Alter der Kinder gestalten, was weit eher Gewähr dafür bietet, dass Französisch bei ihnen jenen Stellenwert erlangt, den unsere westliche Landessprache verdient.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Wer profitiert?

In der NZZ vom 9. 8. 22 wird der Gesundheitsökonom Stefan Felder mit den Worten zitiert: «Die Schweizer Spitalärzte hätten im Vergleich zu den deutschen Kollegen geradezu paradisiische Zustände, pro Bett werde hierzulande doppelt so viel Personal eingesetzt». Am Tag darauf findet sich auf der Titelseite («Streit um AHV wird ruppig») die Aussage: «Die Linke profitiert davon, dass die jüngste Jahresrechnung des Sozialwerks besser ausfiel als erwartet.»

Im ersten Fall profitieren doch wohl vor allem die Patienten, im zweiten Fall profitieren wir alle. Während die Perspektive des Gesundheitsökonom offenbar eingeschränkt ist und das Wohl der Patienten unberücksichtigt lässt, ist die zweite Aussage wohl auf mangelnden Überblick im politischen Grabenkampf zurückzuführen.

Manfred Schmidt, Bern

Redaktion Leserbrief

E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Redaktion Leserbrief

NZZ-Postfach, 8021 Zürich

E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Abtreibungsdebatte sprachlich entgleist

Gastkommentar

von HANSPETER SCHMITT

Sprache ist nie harmlos. Sie beschreibt und schafft Wirklichkeit, verfehlt und verletzt sie aber auch. Ob die jeweils eingesetzte Sprache der Wirklichkeit entspricht und dem Leben darin dient, ist daher erfahrungsbezogen und kritisch zu überprüfen. Dieser kritischen Prüfung hält der Sprachgebrauch von Papst Franziskus in puncto Schwangerschaftsabbruch nicht stand. Ihn als «Auftragsmörder» zu bezeichnen, verzerrt und verfälscht die damit einhergehenden Motive und komplexen Situationen.

Der Begriff insinuiert gewollte Grausamkeit, feindliche Absichten und niederträchtige Komplizenschaft. Die meisten betroffenen Frauen befinden sich jedoch in einer extremen Not- und Konfliktlage. Ärztinnen und Ärzte, an die sie sich in ihrer Not wenden, beraten sie umfassend, um ihnen verantwortliche wie selbstbestimmte Entscheide zu ermöglichen. Sie helfen ihnen kraft ihres ärztlichen Gewissens und im Rahmen ihres geltenden Standesethos und des verfassungskonform begründeten Rechtes.

Zweifellos geht es bei einer Schwangerschaft um entwicklungsfähiges menschliches Leben. Es bedarf wegen seiner enormen Verletzlichkeit und Angewiesenheit sowie seiner Würde als heranwachsende Person eines besonderen Schutzes. Schwangere Frauen aber, die diesen Schutz nicht zu leisten vermögen, «Auftragsmörderinnen» zu nennen, blendet sträflich aus, dass auch sie in hohem Mass verletztlich sind. In ihrer Schwangerschaft stehen sie in unvergleichlicher Weise selbst auf dem «Spiel». Sie erfahren die darin

Rigorese Sanktionsnormen gefährden den Schutz der Ungeborenen und der schwangeren Frauen massiv.

gegebenen Ansprüche, Spannungen und Konflikte wie niemand sonst und unausweichlich am eigenen Leib, sprich es tangiert ihre leibseelische Integrität. Sie zusätzlich anzugreifen, sei es «nur» mit pseudomoralischen Wortplakaten, konterkariert die Humanität und Glaubwürdigkeit des damit zur Schau getragenen Lebensschutzes. Weil die praktische Verbindung von Selbstbestimmung und Lebensschutz den Kern humaner Identität berührt, sind kultivierte Diskurse darüber notwendig, gleich um welchen Bereich es konkret geht. Sich auf dem Feld herausfordernder Schwangerschaftskonflikte auf die Verschärfung von Strafrechtsnormen zu konzentrieren, wirkt jedoch bekanntlich kontraproduktiv.

Man braucht hier weder die aktuelle amerikanische Entwicklung noch die laufenden Initiativen der Schweizerischen Volkspartei zu bemühen. Es genügt die Rechtsgeschichte der Schweiz. Sie beweist, dass rigorese Sanktionsnormen den Schutz der Ungeborenen und der schwangeren Frauen nicht fördern, sondern massiv gefährden – mit tödlichen Konsequenzen für beide vulnerable Gruppen. Wer also diesen Personen wirklich helfen und nicht nur sein moralisches «Mütchen» kühlen will, sollte tunlichst andere Ebenen praktischer Gestaltung zur Sprache bringen: etwa familienpolitisch die finanziellen und wohnraumbezogenen Verwerfungen, unter denen kinderreiche Familien leiden; oder genderpolitisch die beschämende Benachteiligung, der fast alle Frauen, zumal mit Kindern, in Beruf, Erziehung und Lebensführung ausgesetzt sind; behindertenpolitisch die strukturelle Stärkung der Integration und öffentlichen Anerkennung von Menschen mit diversen Beeinträchtigungen; nicht zuletzt jugendpolitisch der Aufbau von Räumen der Sozialisation und Begegnung, in denen nicht Ökonomie und Leistung, sondern ganzheitliche Wert- und Identitätserfahrungen massgeblich sind.

Realitätsblinde Vereinfacher und notorische Schamfarnker gibt es erfahrungsgemäss auf allen Seiten. Zum Schutz der Rechte betroffener Frauen und des ungeborenen Lebens haben sie auf diese Weise nichts Konstruktives beigetragen.

Hanspeter Schmitt ist Professor für theologische Ethik an der Theologischen Hochschule Chur.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Bai (ina.), **London:** Nikolaus Houlliger (m.), **Berlin:** Marc Felix Serrao (a.), René Höltsche (H.), Jonas Hermann (glt.), Hansjörg Friedrich Müller (hm.), Alexander Kistler (ks.), Oliver Hübner (gm.), Fabian Gallmer (glt.), **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.), **München:** Stephanie Lahrz (a.), **Rom:** Luzi Bernnet (lbt.), Andreas Wyalang (awy.), **Madrid:** Ute Müller (um.), **Wien:** Ivo Mijnsen (mj.), Daniel Imwinkelried (im.), **Stockholm:** Rudolf Hermann (ru.), **Brüssel:** Christoph G. Schmitz (sco.), Daniel Steinhörr (dsr.), Kallina Orsachakoff (oro.), **Moskau:** Markus Ackner (mcs.), **Nairobi:** Samuel Mitali (mi.), **Istanbul:** Völkler Pabst (pb.), **Ankara:** Inga Rogg (ro.), **Beirut:** Daniel Böhm (dho.), **Antwerpen:** Inga Rogg (ro.), **Sydney:** Esther Blank (lbt.), **Tokio:** Martin Köllme (ko.), **Sydney:** Esther Blank (lbt.), **Washington:** Christian Weisfogel (w.), **Chicago:** David Signer (ds.), **New York:** Christof Leisinger (l.), **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (m.), **Rio de Janeiro:** Thomas Miko (mit.), **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

Redaktion Leserbrief
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Redaktion
Chefredaktor: Jonas Projer (p.),
NZZ-Foto: Alina Wanner (awa.), Reto U. Schärer (sch.), Flurin Cialdini (fd.), Barbara Klingebach (bak.), Nicole Krättli (krt.).

Produktionsredaktion: Benno Matti (bmt.), Caspar Hesse (chs.), Christoph Fisch (cf.), Claudia Baer (cb.), Manuela Kissler (mk.), Lucie Fülka (fu.), Roland Tellenbach (rt.), Stefan Risi Schweizer (sr.), Robin Schwarzenbach (Rr. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (ll.), Philipp Hülshofmatt (ghl.), Yvonne Eckert (ewe.), Benno Brunner (br.), Lisa Zuber (lz).

Art Director: Reto Althaus (al.),
Bildredaktion: Giles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rs.), Reto Gravello (gr.), Nicole Aebly (na.), Rahel Arnold (ra.), Martin Bieri (bi.), Dominic Nahr (na.), Dario Verdeli (ve.), **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hkf.), Amick Rader (ra.), Simon Tanner (tn.), **Korrektur:** Natascia Fischer.

Freitag, 12. August 2022

KARIKATUR DER WOCHE



Grüne Energie muss für alle erschwinglich sein

Die bisherige Klimapolitik ist gescheitert. Die Lösung kann nicht darin liegen, fossile Energie immer teurer zu machen. Gefragt ist mehr Innovation – in allen Bereichen der Energietechnologie. Gastkommentar von Björn Lomborg

Netto null wird Billionen kosten

Deutschland ist auf dem besten Weg, bis 2025 mehr als eine halbe Billion Euro für klimapolitische Massnahmen auszugeben, und hat dennoch nur erreicht, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen von 84 Prozent im Jahr 2000 auf heute 77 Prozent zu reduzieren. McKinsey schätzt, dass der Weg zu netto null Emissionen Europa jedes Jahr 5,3 Prozent seines BIP kosten wird, was für Deutschland mehr als 200 Milliarden Euro jährlich bedeutet. Das ist mehr als Deutschland jährlich für Bildung, Polizei, Gerichte und Gefängnisse zusammen ausgibt.

Die politischen Entscheidungsträger in den westlichen Ländern können ihre teure Politik nicht weiter vorantreiben, ohne dass es zu Gegenreaktionen kommt. Wenn die Energiepreise in die Höhe schiessen, wächst das Risiko von Unmut und Unruhen, wie in Frankreich die Protestbewegung der Gelbwesten gezeigt hat.

Für die ärmsten Milliarden Menschen sind steigende Energiepreise sogar noch gravierender, weil sie den Weg aus der Armut versperren und Dingenmittel für die Landwirte unerschwinglich machen, was die Nahrungsmittelproduktion gefährdet. Die Wohlhabenden in den reichen Ländern mögen in der Lage sein, die Belastung durch einige klimapolitische Massnahmen zu ertragen, aber Schwellenländer wie Indien oder einkommensschwache Länder in Afrika können es sich nicht leisten, die Beseitigung der Armut und die wirtschaftliche Entwicklung zu opfern, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Da grüne Energie noch nicht wettbewerbsfähig ist, ist die Welt auf dem besten Weg dazu, von fossilen Brennstoffen abhängig zu bleiben. Nach einer Analyse aller derzeitigen und versprochenen klimapolitischen Massnahmen kommt die Internationale Energieagentur zu dem Ergebnis, dass bis 2050 immer noch zwei Drittel des weltweiten Energieverbrauchs auf fossile Brennstoffe entfallen werden, was nur einen bescheidenen Rückgang von heute 79 Prozent aus bedeutet. Und die Unzulänglichkeiten der grünen Energie sind der Grund dafür, dass die Kohlenstoffemissionen weiter zunehmen. Vergangenes Jahr wurden weltweit die höchsten Emissionen aller Zeiten verzeichnet. Dieses Jahr werden sie wahrscheinlich

Meinung & Debatte

Neue Zürcher Zeitung



weil sie den Weg aus der Armut versperren und Dingenmittel für die Landwirte unerschwinglich machen, was die Nahrungsmittelproduktion gefährdet. Die Wohlhabenden in den reichen Ländern mögen in der Lage sein, die Belastung durch einige klimapolitische Massnahmen zu ertragen, aber Schwellenländer wie Indien oder einkommensschwache Länder in Afrika können es sich nicht leisten, die Beseitigung der Armut und die wirtschaftliche Entwicklung zu opfern, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Da grüne Energie noch nicht wettbewerbsfähig ist, ist die Welt auf dem besten Weg dazu, von fossilen Brennstoffen abhängig zu bleiben. Nach einer Analyse aller derzeitigen und versprochenen klimapolitischen Massnahmen kommt die Internationale Energieagentur zu dem Ergebnis, dass bis 2050 immer noch zwei Drittel des weltweiten Energieverbrauchs auf fossile Brennstoffe entfallen werden, was nur einen bescheidenen Rückgang von heute 79 Prozent aus bedeutet. Und die Unzulänglichkeiten der grünen Energie sind der Grund dafür, dass die Kohlenstoffemissionen weiter zunehmen. Vergangenes Jahr wurden weltweit die höchsten Emissionen aller Zeiten verzeichnet. Dieses Jahr werden sie wahrscheinlich

noch höher sein. Die Klimapolitik ist gescheitert. Indem sie die Preise für fossile Brennstoffe in die Höhe getrieben haben, haben die politischen Entscheidungsträger das Pferd von hinten aufgezäumt. Stattdessen müssen wir grüne Energie viel billiger und effektiver machen.

Die Menschheit hat sich auf Innovationen verlassen, als es darum ging, andere grosse Herausforderungen zu meistern. Das Problem der Luftverschmutzung wurde nicht gelöst, indem alle dazu gezwungen wurden, mit dem Autofahren aufzuhören, sondern indem der Katalysator erfunden wurde, der die Verschmutzung drastisch senkt. Der Hunger wurde nicht eingedämmt, indem allen gesagt wurde, sie sollten weniger essen, sondern durch die grüne Revolution, die es den Landwirten ermöglichte, viel mehr Nahrungsmittel zu produzieren.

Doch die Innovation im Bereich der grünen Energie wurde drei Jahrzehnte lang vernachlässigt. Im Jahr 1980 gab die Erste Welt mehr als 8 Cent pro 100 Dollar des BIP für Forschung und Entwicklung im Bereich kohlenstoffarmer Technologien aus. Als die Klimapolitik sich darauf zu konzentrieren begann, fossile Brennstoffe zu verteuern, halbierten sich diese Ausgaben auf weniger als 4 Cent pro 100 Dollar.

Wenn die Energiepreise in die Höhe schiessen, wächst das Risiko von Unmut und Unruhen, wie das Beispiel der Gelbwesten zeigt.

Die politischen Entscheidungsträger in den westlichen Ländern können ihre teure Politik nicht weiter vorantreiben, ohne dass es zu Gegenreaktionen kommt. Wenn die Energiepreise in die Höhe schiessen, wächst das Risiko von Unmut und Unruhen, wie in Frankreich die Protestbewegung der Gelbwesten gezeigt hat.

Für die ärmsten Milliarden Menschen sind steigende Energiepreise sogar noch gravierender,

weil sie den Weg aus der Armut versperren und Dingenmittel für die Landwirte unerschwinglich machen, was die Nahrungsmittelproduktion gefährdet. Die Wohlhabenden in den reichen Ländern mögen in der Lage sein, die Belastung durch einige klimapolitische Massnahmen zu ertragen, aber Schwellenländer wie Indien oder einkommensschwache Länder in Afrika können es sich nicht leisten, die Beseitigung der Armut und die wirtschaftliche Entwicklung zu opfern, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Da grüne Energie noch nicht wettbewerbsfähig ist, ist die Welt auf dem besten Weg dazu, von fossilen Brennstoffen abhängig zu bleiben. Nach einer Analyse aller derzeitigen und versprochenen klimapolitischen Massnahmen kommt die Internationale Energieagentur zu dem Ergebnis, dass bis 2050 immer noch zwei Drittel des weltweiten Energieverbrauchs auf fossile Brennstoffe entfallen werden, was nur einen bescheidenen Rückgang von heute 79 Prozent aus bedeutet. Und die Unzulänglichkeiten der grünen Energie sind der Grund dafür, dass die Kohlenstoffemissionen weiter zunehmen. Vergangenes Jahr wurden weltweit die höchsten Emissionen aller Zeiten verzeichnet. Dieses Jahr werden sie wahrscheinlich

noch höher sein. Die Klimapolitik ist gescheitert. Indem sie die Preise für fossile Brennstoffe in die Höhe getrieben haben, haben die politischen Entscheidungsträger das Pferd von hinten aufgezäumt. Stattdessen müssen wir grüne Energie viel billiger und effektiver machen.

Die Menschheit hat sich auf Innovationen verlassen, als es darum ging, andere grosse Herausforderungen zu meistern. Das Problem der Luftverschmutzung wurde nicht gelöst, indem alle dazu gezwungen wurden, mit dem Autofahren aufzuhören, sondern indem der Katalysator erfunden wurde, der die Verschmutzung drastisch senkt. Der Hunger wurde nicht eingedämmt, indem allen gesagt wurde, sie sollten weniger essen, sondern durch die grüne Revolution, die es den Landwirten ermöglichte, viel mehr Nahrungsmittel zu produzieren.

Doch die Innovation im Bereich der grünen Energie wurde drei Jahrzehnte lang vernachlässigt. Im Jahr 1980 gab die Erste Welt mehr als 8 Cent pro 100 Dollar des BIP für Forschung und Entwicklung im Bereich kohlenstoffarmer Technologien aus. Als die Klimapolitik sich darauf zu konzentrieren begann, fossile Brennstoffe zu verteuern, halbierten sich diese Ausgaben auf weniger als 4 Cent pro 100 Dollar.

Wir wissen nicht, wo die Durchbrüche stattfinden werden. Eine Lösung könnte in der Kernenergie liegen, die im Gegensatz zur witterungsabhängigen Sonnen- oder Windenergie rund um die Uhr zuverlässig Strom liefern kann, aber immer noch viel teurer ist als Energie aus fossilen Brennstoffen. Mit mehr Forschung und Entwicklung könnte die «vierte Generation» der Kernenergie letztlich viel billigere und sicherere Energie liefern. Aber wir müssen in allen Bereichen der Energietechnologie nach Durchbrüchen suchen, von billigeren Solar- und Windenergieanlagen mit massiver und sehr günstiger Speicherung bis hin zu CO₂-Extraktion, Kernfusion, Biokraftstoffen der zweiten Generation und vielen anderen potenziellen Lösungen.

Der Klimawandel wird nicht dadurch gelöst, dass fossile Energie unerschwinglich wird, sondern durch Innovationen, die den Preis für grüne Technologien senken, so dass jeder in der Lage sein wird, auf diese umzusteigen.

—

Björn Lomborg ist Präsident des Copenhagen Consensus Center und Visiting Fellow an der Hoover Institution der Stanford University. – Aus dem Englischen übersetzt von David Lessmann.